

Bundesleitung

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Telefon 030.40 81-40
Telefax 030.40 81-4999
post@dbb.de
www.dbb.de

dbb beamtenbund und tarifunion Friedrichstraße 169 10117 Berlin

An die
Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften
des dbb beamtenbund und tarifunion

- je besonders -

19.01.2018

GB 4
Durchwahl: - 5330

Info-Nr.: 4/2018

Gespräch zum Jahreswirtschaftsbericht 2018

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

am 18. Januar 2018 trafen sich Vertreter der Bundesregierung und eine Delegation des dbb unter Leitung des zweiten Vorsitzenden und Fachvorstand Beamtenpolitik Friedhelm Schäfer zu einem Gespräch zur Vorbereitung des Jahreswirtschaftsberichts 2018.

Über die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage waren sich die Vertreter der Bundesregierung und die dbb-Delegation unter Leitung des zweiten Vorsitzenden und Fachvorstand Beamtenpolitik Friedhelm Schäfer weitgehend einig. Das Jahr 2017 war durch ein überraschend starkes Wirtschaftswachstum in Höhe von 2,2 Prozent geprägt. 2018 wird eine ähnliche Wachstumsrate erwartet. Der Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMW), Matthias Machnig, verwies auf den erfreulichen Umstand, dass die Prognose der Bundesregierung im letztjährigen Jahreswirtschaftsbericht mit einer Wachstumsrate in der Größenordnung von 1,4 Prozent deutlich übertroffen worden sei. Er unterstrich die Absicht der Bundesregierung, die Digitalisierung voranzutreiben und verwies auf die Jahrestagung des dbb in Köln, bei der der Thematik ebenfalls großer Raum eingeräumt wurde. Die dort propagierte Devise „Schluss mit der Kleinstaaterei“ könne er teilen.

Der Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Thorben Albrecht, verwies auf die weiterhin gute Lage auf dem Arbeitsmarkt, konstatierte aber Probleme mit der Gruppe der Langzeitarbeitslosen. An dieser Stelle müssten verstärkte Anstrengungen unternommen werden.

Staatssekretär Dr. Thomas Steffen, Vertreter des Bundesministeriums für Finanzen (BMF), stellte auf die gute Haushaltslage des Bundes ab. Man habe im vierten Jahr in Folge einen Überschuss erwirtschaftet. Auch für 2018 sei man optimistisch, jedoch könne sich eine möglicherweise eintretende Zinswende negativ auswirken.

Der zweite Vorsitzende des dbb und Fachvorstand Beamtenpolitik, Friedhelm Schäfer, verwies in seiner Replik auf die schwierige Personallage in großen Teilen des öffentlichen Dienstes. Im Hinblick auf die Digitalisierungsdebatte forderte er die Bundesregierung auf, infrastrukturellen Voraussetzungen für eine Digitalisierungsoffensive zu schaffen. Dazu gehörten neben den technischen Voraussetzungen auch entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeiter. Er führte weiter aus, dass auch in anderen Bereichen die Beschäftigten von den guten wirtschaftlichen Rahmendaten profitieren müssten.

Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Chef der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) Thomas Eigenthaler forderte eine Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus und ein schlüssiges Konzept zur Bekämpfung der Misere auf dem Wohnungsmarkt. Die Lage berge sozialen Sprengstoff, insbesondere, wenn Familien mit Kindern und Alleinerziehende keine bezahlbaren Wohnungen mehr fänden. Reformüberlegungen bei der Grundsteuer dürften weder auf dem Rücken der Finanzamtsbeschäftigten erfolgen, noch zu noch höheren Nebenkosten für Millionen Mieter führen.

Die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Astrid Hollmann verwies darauf, dass ein funktionierender öffentlicher Dienst untrennbar mit einer stabilen Demokratie verbunden sei. Der öffentliche Dienst sei nicht nur bloßer Standortfaktor, sondern erfülle wesentliche gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Seine Beschäftigten stellten das gerade wieder unter Beweis, indem sie Deutschland sicher durch eine Zeit steuerten, in der eine Regierungsbildung länger auf sich warten lasse.

Letztendlich waren sich die Beteiligten weiterhin einig über die wichtige Rolle des öffentlichen Dienstes für das Gemeinwesen Deutschlands.

Mit kollegialen Grüßen

Ulrich Silberbach
Bundesvorsitzender